



### Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Umwelt und Energie**

Sitzungsort : **16.30 Uhr mit der Besichtigung der AWG in Ennigerloh**  
**Treffpunkt: AWG, Westring 10, 59320 Ennigerloh**

**18.00 Uhr Beginn der öffentlichen Sitzung**  
**im großen Ratssaal**

Sitzungstag : **Donnerstag, 06.11.2008**

Sitzungsbeginn : **16:30 Uhr**

Sitzungsende : **19:30 Uhr**

#### Vorsitz

Frau Marita Brommann

#### Teilnehmer

Herr Daniel Hagemeier

Herr Peter Hellweg

Frau Cornelia Klima-Bunte bis 18.50 Uhr

Frau Barbara Köß

Frau Hiltrud Krause

Frau Elisabeth Lesting

Herr Wolfgang Sibbing

Frau Manuela Steuer

Herr Karl-Josef Strothmeier

Herr Paul Tegelkämper

Herr Hans-Gerhard Voelker bis 19.10 Uhr

Herr Werner Wagemann bis 18.30 Uhr

#### Verwaltung

Herr Heinz Becker

Herr Reinhold Becker

Herr Frank Hauke, Techn. Beigeordneter

Herr Hans-Peter Mülders

**Schriftführer/in**

Frau Nicole Peuler

**Gäste**

Herr Geurink

Energieversorgung Oelde GmbH

**es fehlten entschuldigt:**

**Teilnehmer**

Herr Hubert Bleß

Herr Thomas Späker

## Inhaltsverzeichnis

<b>Öffentliche Sitzung</b>	<b>Seite:</b>
1. Befangenheitserklärungen	4
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.03.2008	4
3. Klimaschutz als kommunale Zukunftsaufgabe gemäß Stadtentwicklungskonzept 2015 +	
3.1. Straßenbeleuchtung - Energiesparthema für Oelde	4
3.2. Antrag der Fraktionen SPD, FWG und Bündnis 90/Die Grünen - Entwicklung einer Energiestudie für das Hallenbad Vorlage: B 2008/011/1376	6
4. Änderung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Oelde Vorlage: B 2008/600/1340	8
5. Verschiedenes	
5.1. Mitteilungen der Verwaltung	11
5.2. Anfragen an die Verwaltung	11

Vor Einstieg in die Tagesordnung begrüßt Frau Brommann die Ausschussmitglieder und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Des Weiteren stellt Frau Brommann den Ausschussmitgliedern Herrn Geurink von der Energieversorgung Oelde GmbH vor. Herr Geurink hat zu TOP 3.1 „Straßenbeleuchtung - Energiesparthema für Oelde“ eine Präsentation verfasst und wird diese erläutern.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1. Befangenheitserklärungen**

Keine.

### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.03.2008**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie genehmigt **einstimmig** die Niederschrift über die Sitzung vom 13.03.2008.

### **3. Klimaschutz als kommunale Zukunftsaufgabe gemäß Stadtentwicklungskonzept 2015 + - Straßenbeleuchtung - Energiesparthema für Oelde**

#### **3.1. Straßenbeleuchtung - Energiesparthema für Oelde**

Frau Brommann bittet Herrn Geurink, zu diesem Thema vorzutragen.

Herr Geurink von der Energieversorgung Oelde GmbH (EVO) berichtet, dass die Straßenbeleuchtung in Oelde von der EVO mit Strom versorgt wird. Er führt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus, dass durchschnittlich je Lampe 110 Watt Strom verbraucht werden. Bei etwa 2.850 Leuchtstellen liege der Energieverbrauch bei 782.000 kWh im Jahr (Werte aus dem Jahr 2007). Die Gesamtkosten von rund 313.000,00 Euro teile sich auf in 1/3 Energieverbrauch (ca. 101.400,00 Euro) und 2/3 für die Instandhaltung der Leuchtstellen (ca. 211.600,00 Euro).

Weiter spricht Herr Geurink die modernen LED-Leuchtmittel an, weist auf die immer aktuelle CO<sub>2</sub>-Diskussion hin und erklärt den Ausschussmitgliedern, dass er eine mögliche Umrüstung aller Leuchtstellen auf LED derzeit für verfrüht hält. Diese Bedenken begründet Herr Geurink damit, dass bei einem Austausch der komplette Leuchtenkopf ersetzt werden müsse und ein Ersatzteil des Leuchtmittels LED über 100 Euro kostet. Unter Berücksichtigung aller Fakten (Anzahl der Leuchtstellen, Anschlussleistung, Brenndauer, Stromverbrauch, Mehrkosten durch Umrüstung und Instandhaltung, Lebensdauer - sh. Anlage) seien die Mehrkosten derzeit ab einem Strompreis von 33,92 Cent/kWh rentabel.

Herr Geurink erklärt, dass die Energieversorgung einen wirtschaftlichen Betrieb sicherstellen muss und dass es seiner Meinung nach sinnvoller ist abzuwarten, bis die Technologie ausgereift ist. Er berichtet, dass chinesische Hersteller versuchen, die Preise auf dem Markt zu drücken und dass deutsche Hersteller die Technik sehr teuer verkaufen.

Herr Mülders weist darauf hin, dass die Stadt Oelde immer wieder von den Bürgern auf dieses Thema angesprochen wird. Seiner Einschätzung nach ist der Kostenanteil für eine Umrüstung sehr hoch und er hält es ebenfalls für ratsam die weitere Entwicklung abzuwarten.

Herr Geurink legt dar, dass die Energieversorgung Oelde sich Musterleuchten mit LED-Leuchtmitteln zukommen lassen will. Diese sollen dann auf dem Betriebsgelände „Zum Geisterholz“ montiert werden um sie beurteilen zu können. Der EVO ist daran gelegen, Einsparmöglichkeiten zu finden. Die Möglichkeiten begrenzen sich jedoch nicht nur auf die moderneren LED-Leuchtmittel. Da die Stadt Oelde gegenwärtig bereits eine relativ geringe Anschlussleistung je Lampe hat, lohnt sich eine Umrüstung daher kaum.

Herr Hagemeier fragt, ob andere Städte bereits über Erfahrungswerte mit LED-Leuchtmittel verfügen.

Herr Geurink berichtet, dass die Stadt Beckum einen Testaufbau durchgeführt hat.

Herr Mülders erklärt hierzu, dass er sich diese Leuchten in Beckum angesehen hat. Das Licht ist recht hell und wirkt kalt. Der Anschlusswert in Beckum sei höher als in Oelde.

Herr Mülders erläutert, dass die Stadt Oelde über neue Techniken verfügt. Im Durchschnitt sind die Leuchtmittel mit 2 x 18 Watt / 2 x 24 Watt Energiesparlampen ausgerüstet und es ist eine Nachtabsenkung vorhanden (eine Lampe wird abgeschaltet). Durch diese Maßnahmen habe die Stadt Oelde derzeit bereits einen relativ guten Stromverbrauch. Lediglich die Helligkeit des Lichtes ist bei LED-Lampen höher. Herr Mülders weist darauf hin, dass das Licht der LED-Lampen recht kalt ist und bittet darum, die Weiterentwicklung abzuwarten.

Herr Tegelkämper gibt Herrn Geurink Recht und spricht sich für eine probeweise Aufstellung von LED-Lampen aus. Mehrkosten sollten durch eine Umrüstung nicht entstehen, da sich der derzeitige Stromverbrauch relativ gut darstellt. Herr Tegelkämper vertritt die Meinung, dass die Entwicklung abgewartet werden soll. Das Licht von LED-Lampen beurteilt er ebenfalls als nicht schön. Eine Testphase mit den Lampen solle durchgeführt werden.

Frau Köß sagt, dass es sich hierbei um ein wichtiges Thema handelt und dass das Umweltbundesamt einen Wettbewerb "Energieeffiziente Stadtbeleuchtung" durchführt. Gesucht sind Konzepte zur energieeffizienten Neugestaltung der Stadt- und Gemeindebeleuchtung. Städte und Gemeinden sind in diesem Wettbewerb aufgerufen, innovative Konzepte zur Erneuerung ihrer Stadtbeleuchtung bis Ende Februar 2009 vorzulegen. Die Kommunen mit den besten Konzepten erhalten eine Auszeichnung und können eine Investitionsförderung aus dem Umweltinnovationsprogramm des BMU für die Umsetzung erhalten. Der Abgabetermin im Februar 2009 ist zu kurzfristig, so Frau Köß. Später erhielte man jedoch eventuell bessere Angebote. Unter Klimaschutzaspekten solle dieses Thema weiter verfolgt werden.

Herr Völker fragt, ob eine Lebensdauer von 12 Jahren realistisch ist und ob es Erfahrungswerte gibt. Er fragt, warum die Instandhaltungskosten so hoch berechnet werden.

Herr Geurink erklärt, dass die EVO Eigentümerin der Leuchtmittel ist und somit ersatzpflichtig, sobald der Energieeffizienzwert unterschritten wird (EU-Vorgaben). Er weist darauf hin, dass teilweise vorhandene Neonröhren auch nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen und das Austauschprogramm nach und nach durchgeführt werden muss.

Frau Brommann fragt, warum im Stadtgebiet verschiedene Techniken verwendet werden.

Herr Geurink erläutert, dass ja nach Art des Gebietes (Wohngebiet, Gewerbegebiet oder andere) auch die Beleuchtungsaufgaben verschiedene seien.

Frau Brommann bittet darum, wenn keine LED-Leuchtmittel eingebaut werden, trotzdem weiter zu optimieren und fragt, ob die Nachtabsenkung eventuell vorgezogen werden könne.

Herr Geurink berichtet, dass die EVO bei der Einstellung der Nachtabsenkung nicht voll flexibel ist. Es werden Rundsteuersignale von der RWE genutzt. Eine eigenständige Änderung wäre aufwendig.

Herr Geurink weist darauf hin, dass es Normen bezüglich der Helligkeit gibt und dass die Stadt Oelde jetzt bereits schon relativ sparsam mit dem Licht umgeht. Weitere Einsparmöglichkeiten in dieser Richtung sind nicht unbedingt gegeben.

Herr Mülders äußert Bedenken und weist darauf hin, dass viele Arbeitnehmer früh unterwegs sind und für den sicheren Weg zur Arbeit Licht benötigen und ein Recht darauf haben. Man solle keine Verschlechterung verursachen. Die jetzigen Zeiten für die Nachtabsenkung hält er für vernünftig.

Frau Köß erkundigt sich danach, ob in dem neuen Baugebiet „Zum Sundern“ eine erste Anschaffung möglich ist. Hier könne ein guter Anfang gemacht werden.

Herr Mülders antwortet, dass für das Baugebiet „Zum Sundern“ ein neuer Leuchtentyp ausgesucht werden soll. Dem Wunsch der Bürger der Stadt Oelde entsprechend soll ein Leuchtentyp ausgewählt werden, der zum Grundstück hin weg und zur Verkehrsfläche hin genug Licht abgibt. Die Entscheidung wurde noch nicht getroffen.

Herr Tegelkämper legt dar, dass die Grundstücke im Baugebiet „Zum Sundern“ in 2009 vergeben und ein großer Teil der Neubauten bezogen sein wird. Für 2009 sollte der Leuchtentyp festgelegt werden.

Herr Geurink weist darauf hin, dass im Wirtschaftsplan 2009 der EVO ein Austausch von Beleuchtungskörpern vorgesehen ist. Über die Erfahrungen soll zu gegebener Zeit im Ausschuss für Umwelt und Energie berichtet werden.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie nimmt Kenntnis.

### **3.2. Antrag der Fraktionen SPD, FWG und Bündnis 90/Die Grünen - Entwicklung einer Energiestudie für das Hallenbad Vorlage: B 2008/011/1376**

Frau Köß eröffnet diesen Tagesordnungspunkt mit der Erläuterung, dass die Fraktionen der SPD, der FWG sowie des Bündnis 90 / Die Grünen mit Schreiben vom 14.10.2008 an den Rat der Stadt Oelde die Entwicklung einer Energiestudie für das Hallenbad unter Einbeziehung der näheren Umgebung beantragen.

Des Weiteren beantragt die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit Schreiben vom 16.10.2008, den Antrag bereits in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie am 06.11.2008 zu beraten.

Frau Köß erinnert daran, dass im Sommer über die Sanierung des Hallenbades gesprochen wurde. Eine energietechnische Sanierung sei selbstverständlich, aber auch die Heizungsanlage solle in diesem Zuge saniert werden. Frau Köß schlägt vor, ein Konzept „Dezentrale Energieversorgung“ zu erstellen und im Anschluss daran regenerative Energien in den Planungen zu berücksichtigen.

Sie erläutert, dass eine Energiestudie von Fachleuten bzw. der Stadt Oelde erstellt werden müsse. Im Weiteren sollten Hinweise gegeben werden, wie die weitere Vorgehensweise aussehen kann (wirtschaftlich und umweltfreundlich).

Herr Tegelkämper gibt zu bedenken, dass die Kessel im Hallenbad noch nicht erneuert werden müssen. Eine Energiestudie hält er für sinnvoll, bittet aber darum, nicht übereilt zu handeln. Er gibt gleichfalls den Hinweis, die Landwirtschaft in die Studie mit einzubinden.

Herr Hauke hält den Hinweis von Herrn Tegelkämper für wichtig. Die Sanierung des Hallenbades sei nur der Auslöser. Die zukünftige Planung müsse weitere Gebäude berücksichtigen.

Frau Lesting steht der Energiestudie ebenfalls positiv gegenüber weist jedoch gleichzeitig darauf hin, dass keine kostengünstigeren Energieträger bekannt sind. Ebenfalls macht sie darauf aufmerksam, dass die jetzige Anlage immer noch abgeschrieben wird.

Herr Heinz Becker erklärt, dass es gesetzliche Vorgaben für die Sanierung gibt. Die vorhandene Anlage im Hallenbad fällt ihrer Größe wegen unter das Bundesimmissionsschutzgesetz. Er erklärt weiter, dass die Anlage mittlerweile über 30 Jahre alt ist. Sie läuft immer noch einwandfrei, jedoch seien neue Anlagen ohne Zweifel beim Energieverbrauch günstiger. In den nächsten Jahren müsse auf jeden Fall ein Austausch der Anlage stattfinden. Daher schlägt Herr Becker vor, alles in Ruhe zu planen und zusätzliche Anlagen in die Planungen mit einzubeziehen.

Frau Krause findet die Studie gleichfalls gut. Sie möchte in Zukunft den Austausch anvisieren, da der Energieverbrauch bei neuen Anlagen wesentlich besser sei. Da die Anlage noch gut funktioniere, habe man genügend Vorlaufzeit, um eine gute Planung durchzuführen.

Frau Brommann informiert darüber, dass im Haushalt für den Ausschuss Verfügungsmittel in Höhe von 10.000,00 Euro zur Verfügung stehen. Sie möchte damit beginnen, das Konzept zu erstellen, um vorbereitet zu sein. Die Dauer zur Erstellung eines entsprechenden Konzeptes schätzt sie auf ein Jahr.

Herr Voelker fragt, was mit den 10.000,00 Euro gemacht werden soll. Er bittet um detaillierte Erläuterungen über die Parameter, die das Konzept erfassen soll.

Frau Köß legt dar, dass die entsprechenden Parameter von der Verwaltung festgelegt werden müssen.

Herr Voelker erkundigt sich danach, welcher Kreis einbezogen werden soll.

Herr Hagemeier schließt sich Herrn Voelker an und bittet darum, dass die Stadtverwaltung das Notwendige vorbereitet und im nächsten Ausschuss für Umwelt und Energie vorstellt. Dann könne über eine Freigabe der finanziellen Mittel beraten werden. Er weist weiter darauf hin, dass die meisten Schulen bereits saniert wurden.

Herr Hauke hält die Überlegungen für richtig. Er weist darauf hin, dass bei einem solchen Konzept nicht ausschließlich über eine konkrete Maßnahme gesprochen wird, sondern ein größerer Kreis gezogen werden müsse. Um herauszufinden, welche Möglichkeiten einsetzbar sind, sind eine Grundlagenermittlung und eine Vorprüfung verschiedener Energieformen unter Berücksichtigung der Aspekte der Stadtentwicklung durchzuführen.

Herr Heinz Becker ergänzt, dass in den Folgejahren weitere Kessel an anderen Schulen ausgetauscht werden müssen. Diese könne man an das neue Konzept anschließen und dieses so immer weiter ausbauen.

Frau Lesting gibt den Hinweis, das Klärwerk in die Planung mit aufzunehmen.

Herr Heinz Becker berichtet, dass nicht nur die Kläranlage, sondern alles, was in einem festgelegten Radius verfügbar ist, berücksichtigt werden müsse. Zunächst wird eine einfache Studie erstellt. Diese wird dann im Laufe der Entwicklung weiter verfeinert werden können.

Herr Tegelkämper fragt ob mit dem Austausch sofort angefangen werden oder besser gewartet werden soll.

Herr Hauke erklärt, dass der Ausschuss für Umwelt und Energie dazu eine Empfehlung aussprechen kann. Diese wird dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Herr Strothmeier ist mit der Erstellung der Studie über Energieträger ohne Betrachtung einzelner Objekte einverstanden.

Herr Voelker bittet darum, im Rat näher auf Details wie das Verfallsdatum des Kessels einzugehen und den Bereich „nähere Umgebung“ genauer zu definieren.

Herr Hellweg vertritt die Meinung, dass die Studie auch ohne diese Definition durchgeführt werden kann.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde **einstimmig**, eine Energiestudie erstellen zu lassen.

Ebenfalls **einstimmig** empfiehlt der Ausschuss dem Rat der Stadt Oelde, die im Haushalt 2008 eingestellten finanziellen Mittel zur Durchführung der Studie zur Verfügung zu stellen.

#### **4. Änderung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Oelde Vorlage: B 2008/600/1340**

Herr Reinhold Becker führt aus, dass sich in der Vergangenheit immer wieder Probleme ergaben, da Bürger Nadelgehölze (insbesondere Zedern, Schwarzkiefern) aus ihren Gärten, speziell Vorgärten, entfernen wollten, diese aber unter den Schutz der städtischen Baumschutzsatzung fielen. Vorgenannte Nadelgehölze stellen, so Herr Becker, im hiesigen Naturraum keine landschaftstypischen Gehölze dar. Insbesondere die Verwendung von Zedern als „Modepflanze“ in den Vorgärten der 60er und 70er Jahre führt heute zu Problemen, da diese Bäume im Endstadium eine Höhe von 30 – 40 m und eine Breite von 15 – 20 m entwickeln können. Die damit verbundene Verschattung und auch Verschmutzung führt zu einer Beeinträchtigung der gesunden Lebens- und Wohnverhältnisse und bedeutet damit eine unzumutbare Belastung der betroffenen Grundstücke und deren Nachbarschaft.

Herr Becker erläutert weiter, dass alle Bäume, die in 1 m Höhe einen Baumumfang von 1,00 m erreicht haben, bisher von der Baumschutzsatzung erfasst werden. Entscheidungen, die von der Baumkommission getroffen werden, sind für die Bürger oft nicht nachvollziehbar und führen zu ständigen Konflikten.

Aus diesem Grunde wird der Vorschlag gemacht, die Nadelgehölze von den Festsetzungen der Baumschutzsatzung auszunehmen. Eine entsprechende Änderung wurde in § 2 Abs. 2) Buchstabe d formuliert.

Die Änderungen von § 4 Abs. 3) 1. Satz und § 8 Abs. 2 sind redaktioneller Art, da die zuständige Stelle eine andere Bezeichnung erhalten hat (nicht mehr Gartenamt, sondern Fach- und Servicedienst Baubetriebshof, Sportstätten, Grünordnung, Friedhöfe).

Der neue Text von § 2 Abs. 2) lautet wie folgt:

2) Die Satzung bezieht sich nicht auf:

- a. den Baumbestand der Forstwirtschaft, der Landwirtschaft und des Gartenbaus sowie Obstbäume mit Ausnahme von Wallnussbäumen und Esskastanie,
- b. die fachgerechte Pflege der Bäume bzw. des Baumbestandes,
- c. unaufschiebbare Maßnahmen zur Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr,
- d. Nadelgehölze (wie z.B. Zedern, Schwarzkiefern) mit Ausnahme von Ginkgo biloba (Ginkgo, Fächerblattbaum).

Herr Tegelkämper erklärt sich mit dieser Änderung einverstanden.

Frau Köß bittet darum, Eiben aus dieser freizügigen Regelung auszuschließen und diese Regelung generell nur auf Zedern und Schwarzkiefern einzugrenzen. Sie fragt nach konkreten Gründen für die geplante Änderung. Schäden an der Bausubstanz sind nachvollziehbar. Die Verschattung und Verschmutzung anzuführen hält sie jedoch für problematisch, da dies auch bei Laubbäumen der Fall sei. Aufgrund dieser Argumente könne Sie sich nicht vorstellen, einer Satzungsänderung in dieser Form zuzustimmen.

Herr Reinhold Becker trägt vor, dass diese Veränderung zum Verständnis und zur Sinnhaftigkeit der Baumschutzsatzung beiträgt. Eiben, so Herr Becker, wachsen in der Regel in strauchartiger Form und waren daher nie Gegenstand der Betrachtung im Rahmen der Baumkommission. Vielmehr ginge es hier um Zedern und Schwarzkiefern. Diese werden sehr groß, die Äste wachsen bis direkt an das Gebäude und sind im hiesigen Kulturkreis nicht als standorttypische Bäume zu betrachten. Auch alte Tannen seien problematisch.

Herr Hellweg ist mit der Änderung der Baumschutzsatzung einverstanden und regt an, an Stelle der Bäume, die gefällt werden sollen, sodann eine Ersatzpflanzung als Auflage zu formulieren. Er stellt fest, dass in den vergangenen Jahren immer mehr Bäume verschwunden sind.

Herr Voelker weist darauf hin, dass die Oelder Bürger mündige Menschen sind. Eine Satzung kann seiner Meinung nach auch kontraproduktiv werden, wenn die Bäume abgesägt werden, bevor sie die schützenswerte Größe erreicht haben. Daher hält er eine Satzungsänderung wie vorgeschlagen für begrüßenswert.

Frau Lesting ist der Ansicht, dass Kiefern in einem Wald schon gefällt worden wären und bekundet ebenfalls ihr Einverständnis mit der Änderung.

Herr Reinhold Becker geht auf die Anregung von Herrn Helling ein und erklärt, dass sich eine Neupflanzung für einen gefällten Baum in den vergangenen Jahren bereits bewährt hat und gängige Praxis sei.

Frau Köß stimmt der Satzungsänderung unter den geänderten Voraussetzungen zu.

Frau Krause erläutert, dass Nadelhölzer Flachwurzler seien und bittet um Auskunft, wer im Falle eines Schadens, ausgelöst durch einen Sturm, die Haftung übernimmt.

Herr Reinhold Becker erklärt, dass immer der Eigentümer des Baumes haftet. Jede Entscheidung der Baumkommission wird genauestens dokumentiert, um in einem solchen Fall rechtlich abgesichert zu sein.

Abschließend weist Herr Becker noch darauf hin, dass die Ersatzpflanzung - auch für abgeholzte Nadelbäume - immer mit Laubgehölzen kompensiert wird.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde **einstimmig** folgende 2. Satzung zur Änderung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Oelde:

## **2. S a t z u n g**

### **zur Änderung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Oelde vom \_\_\_\_\_**

Aufgrund

- §§ 7 Absatz 1, 8, 9 und 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 09.10.2007 (GV NRW S. 380),
- § 45 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz – LG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000 (GV NRW S. 568) zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 19.06.2007 (GV NRW S. 226, 316)

hat der Rat der Stadt Oelde die Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Oelde in seiner Sitzung am 01.12.2008 wie folgt geändert:

#### **Artikel I**

§ 2 Abs. 2) wird wie folgt ergänzt:

d. Nadelgehölze (wie z.B. Zedern, Schwarzkiefern) mit Ausnahme von Ginkgo biloba (Ginkgo, Fächerblattbaum).

§ 4 Abs. 3) 1. Satz wird wie folgt geändert:

Die Ausnahmegenehmigung für die nach § 3 verbotenen Maßnahmen ist bei der Stadt Oelde (Fach- und Servicedienst Baubetriebshof, Sportstätten, Grünordnung, Friedhöfe) zu beantragen.

§ 8 Abs. 2 lautet wie folgt:

Maßnahmen der Gefahrenabwehr sind der Stadt Oelde (Fach- und Servicedienst Baubetriebshof, Sportstätten, Grünordnung, Friedhöfe) unverzüglich anzuzeigen.

#### **Artikel II**

#### **Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

## **5. Verschiedenes**

### **5.1. Mitteilungen der Verwaltung**

#### **Energieberatung**

Herr Hauke berichtet, dass das Energiemobil am Herbsteinkaufstag in Oelde stand. Laut Betreiber kamen ca. 153 Besucher dorthin. Dies war für die Energieagentur ein sehr gutes Ergebnis. Aus diesem Grund soll das Energiemobil zum nächsten Frühlingseinkaufstag oder Herbsteinkaufstag noch einmal aufgestellt werden.

Herr Hauke gibt weiter bekannt, dass ab dem 13.11.2008 im Rathaus ein Energieberatungspunkt angeboten wird. Dieses Angebot wird in 14-tägigem Rhythmus gegen eine Beratungsgebühr in Höhe von 5,00 Euro für die Oelder Bürger zur Verfügung stehen. Hier können auch individuelle Themen besprochen werden.

Frau Steuer erkundigt sich danach, wer dieses Angebot durchführt.

Herr Hauke erläutert, dass es von der Verbraucherzentrale NRW angeboten wird.

### **5.2. Anfragen an die Verwaltung**

#### **Fotovoltaikanlage**

Herr Tegelkämper fragt, ob es möglich ist, eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach der Turnhalle in Lette anzubringen.

Herr Heinz Becker weist darauf hin, dass durch den vom Baum hervorgerufenen Schatten mit einer ungleichmäßigen Sonneneinstrahlung zu rechnen ist. Dadurch käme es zu Stromunterbrechungen. Man könne diesem Baum die Krone abschneiden oder eventuell auch als Ersatz für diesen Baum neue Bäume auf dem Gelände der Schule anpflanzen.

Herr Tegelkämper wird dieses Thema im Februar 2009 dem Bezirksausschuss Lette zur Beratung vorlegen.

Frau Brommann schildert, dass die Lokale Agenda darauf hinweist, dass man keinen Baum wegen einer Fotovoltaikanlage fällen sollte, da der Baum mehr CO<sub>2</sub> umwandelt, als eine Fotovoltaikanlage bringen könnte.

Frau Köß versichert sich, dass die Verwaltung weiterhin an dem Thema „Fotovoltaik“ interessiert bleibt.

Herr Hauke stellt fest, dass - sollte der Baum sich tatsächlich als hinderlich erweisen - eine andere Stelle für eine Fotovoltaikanlage gesucht werden müsse.

#### **Hochwasser**

Herr Hellweg bittet um eine Mitteilung über den Stand der nach dem letzten Hochwasser durchgeführten Maßnahmen. Er erläutert, dass er den Axtbach abgefahren habe und die Schäden des letzten Hochwassers noch immer anhand von sich aufstauendem Treibgut deutlich zu sehen waren. Er hält dies für äußerst gefährlich und fragt, warum hier in den vergangenen 14 Monaten nichts passiert ist.

Herr Hauke dankt Herrn Hellweg für den Hinweis mit dem Treibgut und versichert, dass die Verwaltung sich um die Beseitigung der Schäden kümmert.

Er berichtet, dass das Ingenieurbüro Flick, der Kreis Warendorf, die Bezirksregierung Münster und der Fördergeber gemeinsam an einer Lösung arbeiten. Mit dem Fördergeber müssen noch die konkreten Maßnahmen besprochen werden. Als Ziel habe man sich vorgenommen, noch in diesem Jahr konkrete Maßnahmen vorzustellen und Herr Hauke berichtet, dass die Arbeiten schon sehr weit vorangeschritten sind.

Herr Tegelkämper ist erfreut über diese Nachrichten und befürwortet es, die Fördergelder auszuschöpfen. Er berichtet, dass der Kreis Warendorf zusammen mit dem Kreis Gütersloh ein Gutachten erstellen lassen.

Herr Hauke begrüßt dies und ist der Meinung, dass alle zusammenarbeiten müssen, um diese Angelegenheit dauerhaft in den Griff zu bekommen.

Marita Brormann  
Vorsitzende

N. Peuler  
Schriftführerin